

D2NEU Solidarität mit der Ukraine

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 1. Dringlichkeitsanträge (bedürfen 2/3
Mehrheit für Zulassung)

Antragstext

- 1 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg verurteilt den
völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins auf den souveränen Staat der Ukraine.
Wir verurteilen aufs Schärfste die völkerrechtswidrigen Angriffe auf
Zivilist*innen, die immer häufiger werden.
- 2 Die schwierige humanitäre Lage in der Ukraine erschüttert uns zutiefst. Das
Leiden der Menschen in der Ukraine wird immer dramatischer.
- 3 Wir solidarisieren uns mit der Ukraine und den dort lebenden Menschen, die
täglich um ihr Leben fürchten.
- 4 Wir solidarisieren uns mit all denjenigen, die wegen des Krieges auf der Flucht
sind. Unsere Gedanken sind insbesondere bei den Familien, die durch den Krieg und
die Flucht auseinandergerissen wurden oder die geliebte Menschen verloren haben.
- 5 Wir solidarisieren uns mit den mutigen Menschen in Russland und in den besetzten
Städten, die trotz der Gefahr einer Inhaftierung, gegen den Angriffskrieg auf die
Ukraine und die russische Regierung protestieren.
- 6 Wir setzen uns gemeinsam auf allen Ebenen ein für:
- 7
- die Erhöhung des Drucks auf Putin durch die Umsetzung harter Sanktionen,
- 8
- die Lieferung von Lebensmitteln, Trinkwasser, Material, Schutzwaffen und
Ausstattung in die Ukraine,
- 9
- schnelle humanitäre Hilfe für die Bevölkerung in der Ukraine,

- 10
- die unbürokratische, schnelle Aufnahme von Geflüchteten,
- 11
- die langfristige Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr, einhergehend mit einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben in diesen schwierigen Zeiten. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht würde uns in keiner Weise helfen die aktuellen Bedrohungen zu bewältigen.
- 12
- Waffen bringen nie Frieden. Trotzdem sind Waffenlieferungen in die Ukraine zur Selbstverteidigung (gemäß Art. 51 der UN-Charta) in Zeiten wie diesen gerechtfertigt! Wir unterstützen jedoch alle Bemühungen mit Putin in einen diplomatischen Dialog und Friedensverhandlungen zu treten.
- 13
- Die Europäische Union ist als einzigartiges Friedensprojekt entstanden und hat eine Mitverantwortung für Frieden weltweit. Gegen autoritären Nationalismus ist das Versprechen Europas auf Frieden, Freiheit, Demokratie, Solidarität, Gerechtigkeit, Stabilität, ökologische Verantwortung und Menschenwürde wichtiger Anker multilateraler und menschenrechtsbasierter Politik in der Welt. Wir unterstützen die Beitrittsperspektive der Ukraine in die Europäische Union.
- 14
- Die humanitären, geopolitischen und ökonomischen Auswirkungen sind enorm. Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft, der schnellstmögliche Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien sind jetzt dringender denn je - nicht nur für unser Klima, sondern auch für unsere Sicherheitspolitik.
- 15
- Die Importe von Öl, Gas und Kohle aus Russland müssen wir schnellstmöglich beenden, um Putin die finanziellen Mittel für den Krieg zu entziehen. In Brandenburg kommt uns dabei aufgrund der starken Abhängigkeit von russischem Öl und Gas eine besondere Verantwortung zu. Wir müssen deshalb im Land Brandenburg kurzfristig Öl- und Gasverbrauch senken, die Energie-, Wärme- und Verkehrswende auch auf Landesebene beschleunigen und alternative Wege der Rohstoffversorgung für die betroffenen Industrien entwickeln.
- 16
- Eine starke Außen- und Sicherheitspolitik ist feministisch. Diese Form der Sicherheitspolitik setzt auf Diplomatie. Sie folgt dem Leitbild der „menschlichen Sicherheit“: nicht Staaten und ihre Grenzen sind in ihrem Fokus, sondern die Menschen, die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung. Deshalb unterstützen wir eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik - in allen Krisen- und Kriegsgebieten der Welt.
- 17
- Unser Ziel ist und bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Daher nimmt Deutschland eine

führende Rolle bei der Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen ein. Nicht zuletzt führt uns der Angriff Putins auf die Ukraine deutlich vor Augen: Atomwaffen müssen abgeschafft werden!

- 18 Unsere Gedanken und unsere Solidarität sind bei den Menschen in der Ukraine. Wir halten zusammen für Frieden und Menschenrechte! Wir Brandenburger Bündnisgrüne unterstützen die schnelle Aufnahme von Geflüchteten in Brandenburg. Auf Grund der akuten Überlastung der Unterstützungssysteme in Polen sowie zur Minimierung der Unsicherheiten und Bürokratie für Kriegsflüchtlinge ohne ukrainischen Pass, ist es dringend geboten, Überstellungen nach Polen zunächst auszusetzen. Wir unterstützen aktiv die Sammlung und den Transport von Hilfsgütern in die Ukraine, aber auch die Integration der geflüchteten Ukrainer*innen in unseren Kommunen. Wir setzen uns für eine niedrigschwellige psychosoziale Begleitung der Menschen bei uns vor Ort ein.